

Die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände am 31. März 1959

An der kommunalen Verschuldung am Ende des Rechnungsjahres 1958 waren von den 3445 Gebietskörperschaften Baden-Württembergs 3108 beteiligt, das sind 90,2 vH. Am Ende des Rechnungsjahres 1957 waren es 3021 (87,7 vH). Die Zahl der Gemeinden und Gemeindeverbände mit Schulden ist demnach gegenüber dem Vorjahr¹ um 2,8 vH gestiegen. Verschuldet waren alle Stadtkreise und alle kreisangehörigen Gemeinden mit 3000 und mehr Einwohnern mit Ausnahme von Urloffen (Landkreis Kehl). Von den 3016 Gemeinden mit weniger als 3000 Einwohnern sind 2682 (89 vH) verschuldet gewesen, und zwar 818 (96 vH) im Regierungsbezirk Nordwürttemberg, 380 (94 vH) in Nordbaden, 741 (83 vH) in Südbaden und 743 (86 vH) in Südwürttemberg-Hohenzollern. Unter den 63 Landkreisen waren wie im Vorjahr nur die Kreise Heilbronn und Wolfach schuldenfrei.

Gesamtverschuldung

Die gesamte kommunale Verschuldung in Baden-Württemberg erreichte am 31. März 1959 einen Stand von 1885,5 Mill. DM; sie hat sich demnach gegenüber dem Vorjahr um 159,9 Mill. DM (9,3 vH) erhöht. Diese besonders dem Vorjahr, aber auch den früheren Jahren gegenüber verhältnismäßig geringe Zuwachsraten überrascht zunächst. Während nämlich die Steigerungsbeträge in den letzten Jahren – mit Ausnahme einer geringen Abschwächung im Rechnungsjahr 1956, hervorgerufen durch die bekannten kreditpolitischen Maßnahmen der Bank deutscher Länder – ständig zunahmen, ist die Zuwachsrate im Rechnungsjahr 1958, wie die nachstehende Aufstellung zeigt, fast um die Hälfte geringer, als im Vorjahr und damit etwa auf den Stand des Rechnungsjahres 1953 zurückgefallen.

Zunahme der Schulden im Rechnungsjahr

1953 gegenüber 1952	152,7 Mill. DM
1954 gegenüber 1953	200,5 Mill. DM
1955 gegenüber 1954	279,9 Mill. DM
1956 gegenüber 1955	243,8 Mill. DM
1957 gegenüber 1956	316,6 Mill. DM
1958 gegenüber 1957	159,9 Mill. DM

Diese Zuwachsraten stellen jedoch die Nettoszunahme dar, also nach Abzug der in den einzelnen Rechnungsjahren geleisteten Tilgungen. Da die im Laufe des Rechnungsjahres 1958 (1. April 1958 bis 31. März 1959) tatsächlich neu aufgenommenen Bruttoschulden 308,6 Mill. DM betragen (im Vorjahr 406,3 Mill. DM), müssen im Rechnungsjahr 1958 insgesamt 148,7 Mill. DM getilgt worden sein. Der starke Rückgang der Zuwachsrate ist also zu einem erheblichen Teil auf die außergewöhnlich hohen Tilgungsleistungen im Rechnungsjahr 1958 zurückzuführen. Mit der Tilgungsrate von 148,7 Mill. DM erreichen die jährlichen Tilgungsleistungen den höchsten Stand seit der Geldneuordnung.

Tilgungsraten im Rechnungsjahr

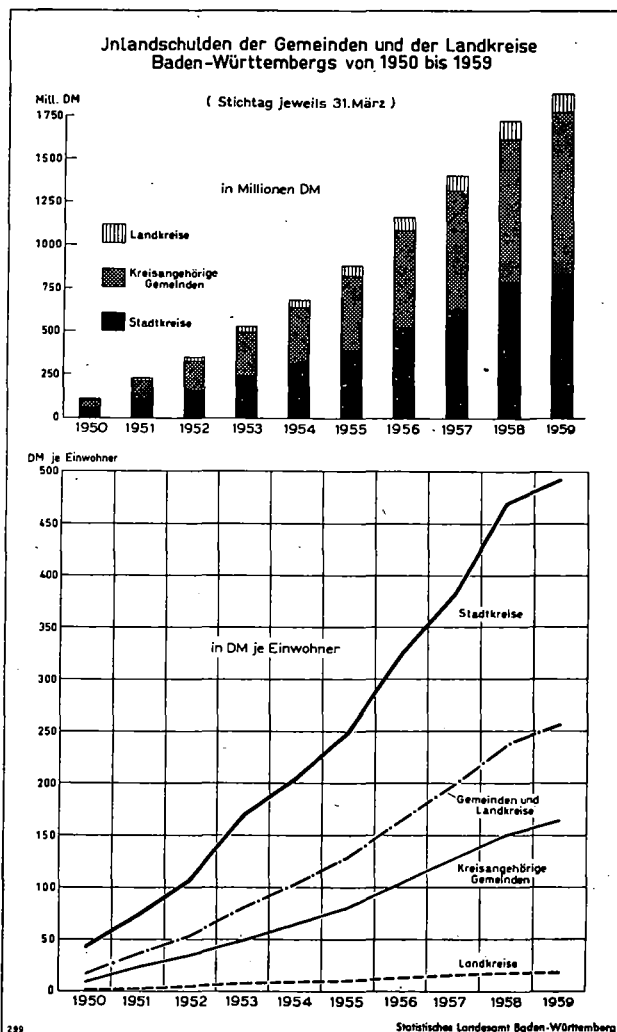
1953 46,1 Mill. DM	1956 70,2 Mill. DM
1954 60,0 Mill. DM	1957 89,6 Mill. DM
1955 77,3 Mill. DM	1958 148,7 Mill. DM

Immerhin bleibt bei einer Gegenüberstellung der Bruttoschuldaufnahmen in den Rechnungsjahren 1958 und 1957 die Tatsache bestehen, daß die kommunalen Gebietskörperschaften im Rechnungsjahr 1958 insgesamt 97,7 Mill. DM weniger Schulden aufgenommen haben als im Vorjahr. Das liegt vor allem an den Stadtkreisen. Denn an der Gesamtschuldaufnahme in Höhe von 308,6 Mill. DM sind diese nur mit 115,7 Mill. DM (im Vorjahr 192,2 Mill. DM) beteiligt, die kreisangehörigen Gemeinden mit 175,6 Mill. DM (191,5 Mill. DM) und die Landkreise mit 17,4 Mill. DM (19,6 Mill. DM). Es zeigt sich also, daß der Rückgang bei den neuen Schuldaufnahmen in der Hauptsache bei den Stadtkreisen eingetreten ist. Diese haben nämlich insgesamt 76,5 Mill. DM weniger Schulden aufgenommen als im Rechnungsjahr 1957. Bei den kreisangehörigen Gemeinden waren es nur 15,9 Mill. DM und bei den Landkreisen nur

2,2 Mill. DM weniger. Von den neun Stadtkreisen sind es vor allem Stuttgart (-49 Mill. DM), Karlsruhe (-20 Mill. DM), Mannheim (-11 Mill. DM) und Ulm (-5 Mill. DM) gewesen, deren Schuldaufnahmen geringer waren als im Vorjahr, während bei einigen anderen Stadtkreisen, wie zum Beispiel Freiburg (+6,2 Mill. DM) und Baden-Baden (+2,7 Mill. DM), geringfügige Zunahmen zu verzeichnen sind.

Die Gesamtschulden in Höhe von 1885,5 Mill. DM verteilen sich mit 1880,5 Mill. DM auf Neuschulden, das sind Schulden, die seit dem 21. Juni 1948 aufgenommen wurden und am 31. März 1959 noch nicht getilgt waren, und mit 5 Mill. DM auf Altschulden, das sind Schulden, die bis zum 20. Juni 1948 entstanden sind. Die Altschulden haben sich um 2,4 Mill. DM gegenüber dem Vorjahr erhöht, weil die Schweizer Frankenleihe 1928 zu 47/8 vH, die bisher als eine Auslandschuld galt, nunmehr als Inlandschuld zu behandeln ist und demnach als eine Altschuld nachgewiesen wird. Die 5 Mill. DM Altschulden verteilen sich mit 3,3 Mill. DM auf die Stadtkreise, mit 1,3 Mill. DM auf die kreisangehörigen Gemeinden und mit 0,4 Mill. DM auf die Landkreise.

Die Belastung aus der Gesamtverschuldung betrug am 31. März 1959 je Einwohner 255,92 DM (im Vorjahr 238,32 DM). Den höchsten Kopfbetrag verzeichnen die Stadtkreise (494,72 DM); bei ihnen spielen besonders die starke Bevölkerungszunahme sowie die noch nicht behobenen Kriegszerstörungen eine erhebliche Rolle, denn durch diese Umstände waren sie zu erhöhten Investitionen gezwungen. Bei den kreis-



¹ Vgl. „Statistische Monatshefte Baden-Württemberg“, 6. Jg. 1958, Heft 8, S. 266 ff.

Die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände in Baden-Württemberg nach Gemeindegruppen und -größenklassen
(in 1000 DM)

Gemeindegruppe Gemeindegrößenklasse ¹⁾	Gebietskörperschaften		Bis zum 20. 6. 1948 entstandene Schulden (Altschulden)	Seit dem 21. 6. 1948 aufgenomm. Schulden ²⁾ (Neuschulden)	Gesamtverschuldung ²⁾		Ver- änderung in vH	Verschuldung je Einwohner in DM	
	insgesamt	mit Schulden			am 31. 3. 1959	am 31. 3. 1958		am 31. 3. 1959 ³⁾	am 31. 3. 1958 ³⁾
Stadtkreise	9	9	3 283	836 888	840 171	786 522	+ 6,82	494,72	470,42
Kreisangehörige Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern	67	67	1 112	412 189	413 301	378 184	+ 9,29	272,96	255,13
Kreisangehörige Gemeinden mit 5000 bis unter 10 000 Einwohnern	113	113	180	138 838	139 019	124 497	+ 11,66	172,41	158,15
Kreisangehörige Gemeinden mit 3000 bis unter 5000 Einwohnern	175	174	15	106 449	106 464	93 785	+ 13,52	154,84	140,06
Kreisangehörige Gemeinden mit 2000 bis unter 3000 Einwohnern	236	227	14	72 519	72 534	61 305	+ 18,32	121,93	105,28
Kreisangehörige Gemeinden mit 1000 bis unter 2000 Einwohnern	714	692	16	101 078	101 094	90 390	+ 11,84	99,24	89,90
Kreisangehörige Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern	2 066	1 763	4	103 317	103 321	88 501	+ 16,75	98,63	84,96
Kreisangehörige Gemeinden zusammen	3 371	3 036	1 342	934 391	935 733	836 663	+ 11,84	165,06	150,25
Landkreise	63	61	359	105 949	106 308	99 106	+ 7,27	18,75	17,80
Bezirksverbände	2	2	—	3 268	3 268	3 275	— 0,21	0,78	0,79
Gemeinden und Gemeindeverbände zusammen	3 445	3 108	4 984	1 880 495	1 885 479	1 725 566	+ 9,27	255,92	238,32
Dagegen am 31. März 1958	3 445	3 021	2 563	1 723 003	.	1 725 566	.	.	238,32

¹⁾ Zuordnung zu den Größenklassen nach der Wohnungszählung vom 25. September 1956 (Gebietsstand 31. März 1959). — ²⁾ Einschließlich Kassenkredite.
— ³⁾ Nach der fortgeschriebenen Einwohnerzahl am 30. Juni 1958 (für den 31. März 1959) bzw. am 30. Juni 1957 (für den 31. März 1958). — Abweichungen in der Summenbildung durch Runden der Zahlen.

angehörigen Gemeinden nimmt der Kopfbetrag mit sinkender Größenklasse ab und erreicht bei den Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern einen Kopfbetrag von 98,63 DM. Im Durchschnitt kommen auf den Einwohner der Stadtkreise etwa zweieinhalbmal soviel kommunale Schulden wie auf einen Landkreisbewohner (Schulden der kreisangehörigen Gemeinden und der Landkreise zusammen = 184 DM je Kopf).

Kreditquellen

Von den gesamten Neuschulden (ohne Kassenkredite) in Höhe von 1871 Mill. DM stammen 1394,2 Mill. DM = 74,5 vH aus Kreditmarktmitteln, 225,8 Mill. DM = 12,1 vH aus öffentlichen Sondermitteln und 251 Mill. DM = 13,4 vH aus Mitteln von Gebietskörperschaften. Es zeigt sich erneut, daß die kommunalen Gebietskörperschaften ihren Anleihebedarf auch im

Die Neuverschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände in Baden-Württemberg nach Schuldarten (ohne Kassenkredite)

Schuldenart	Stadtkreise		Kreisangehörige Gemeinden		Landkreise		Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾			
	1000 DM	vH der Gesamt- summe	1000 DM	vH der Gesamt- summe	1000 DM	vH der Gesamt- summe	am 31. 3. 1959		am 31. 3. 1958	Ver- änderung in vH
							1000 DM	vH der Gesamt- summe		
A. Schulden aus Kreditmarktmitteln										
a) bei Sparkassen	107 785	12,94	219 044	23,57	27 209	25,72	354 050	18,92	301 162	+ 17,56
b) bei Girozentralen bzw. Landesbanken ..	210 447	25,27	206 689	22,25	31 032	29,34	448 184	23,95	386 742	+ 15,89
c) bei der Landeskreditanstalt	7 762	0,93	90 292	9,72	2 300	2,18	100 354	5,36	87 383	+ 14,84
d) bei sonstigen Kreditinstituten	145 201	17,43	67 504	7,26	6 700	6,33	219 404	11,73	198 686	+ 10,43
e) bei Versicherungen und Bausparkassen ..	75 263	9,04	89 835	9,67	20 158	19,06	186 256	9,96	179 845	+ 3,56
f) übrige Schulden aus Kreditmarkt- mitteln ²⁾	64 088	7,69	21 527	2,32	340	0,32	85 955	4,59	91 368	— 5,93
Summe A	610 545	73,30	694 890	74,79	87 740	82,05	1 394 202	74,51	1 245 186	+ 11,97
B. Schulden aus öffentlichen Sondermitteln										
a) Schulden aus ERP-Mitteln	37 850	4,55	28 378	3,06	261	0,24	66 488	3,55	65 387	+ 1,68
b) Schulden aus Mitteln der Arbeitslosen- versicherung	33 341	4,00	16 751	1,80	740	0,70	50 832	2,72	51 760	— 1,79
c) Schulden aus Mitteln sonstiger Träger der Sozialversicherung	75 985	9,12	23 975	2,58	6 537	6,18	108 496	5,80	106 481	+ 1,89
Summe B	147 176	17,67	69 104	7,44	7 538	7,12	225 817	12,07	223 629	+ 0,98
C. Schulden bei Gebietskörperschaften										
a) Wertschaffende Arbeitslosenhilfe	13 136	1,58	26 004	2,80	974	0,92	40 114	2,14	42 278	— 5,12
b) Wohnbaukredite von Bund u. Ländern ..	29 833	3,58	60 846	6,55	1 974	1,87	92 705	4,96	88 072	+ 5,26
c) Sonstige Kredite von Bund u. Ländern ..	31 653	3,80	73 264	7,88	5 114	4,83	110 189	5,89	100 327	+ 9,83
d) Unmittelbar beim Bundes- bzw. Landes- ausgleichsamt aufgenommene Darlehen ..	546	0,07	2 383	0,26	973	0,92	3 931	0,21	3 839	+ 2,40
e) Schulden bei Gemeinden und Gemeinde- verbänden	—	—	2 617	0,28	1 466	1,39	4 083	0,22	4 862	— 16,02
Summe C	75 167	9,03	165 113	17,77	10 501	9,93	251 021	13,42	239 378	+ 4,86
Inlandschulden zusammen (A + B + C)	832 888	100	929 106	100	105 779	100	1 871 041	100	1 708 192	+ 9,53

¹⁾ Einschließlich Bezirksverbände. — ²⁾ Einschließlich Inhaberschuldverschreibungen (50 Mill. DM, 8-vH-Anleihe der Stadt Stuttgart), Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden, Restkaufgelder. — Abweichungen in der Summenbildung durch Runden der Zahlen.

Rechnungsjahr 1958 überwiegend auf dem Kapitalmarkt gedeckt haben; denn von der Gesamtnettozunahme in Höhe von 162,8 Mill. DM entfallen allein 149,0 Mill. DM = 91,5 vH auf Schulden aus Kreditmarktmitteln. Hier waren es vor allem wieder die Sparkassen und Girozentralen, die im Rechnungsjahr 1958 erneut 114,3 Mill. DM² (im Vorjahr 149,3 Mill. DM) an Kreditmitteln den kommunalen Gebietskörperschaften zur Verfügung gestellt haben. Die übrigen Bankinstitute haben mit 20,7 Mill. DM (im Vorjahr 26,7 Mill. DM) die Landeskreditanstalten aus eigenen Anstaltsmitteln mit 13,0 Mill. DM (18,5 Mill. DM) und die privaten Versicherungen und Bausparkassen mit 6,4 Mill. DM (36,6 Mill. DM) zur Deckung des gemeindlichen Kreditbedarfs beigetragen.

Die Schulden aus öffentlichen Sondermitteln sind in der Hauptsache Kredite bei den Sozialversicherungsträgern (159,3 Mill. DM); sie haben sich gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Mill. DM erhöht. 66,5 Mill. DM stammen aus ERP-Mitteln. Schuldner der Darlehen aus öffentlichen Sondermitteln sind überwiegend die Stadtkreise; auf sie entfallen vom Gesamtbetrag in Höhe von 225,8 Mill. DM allein 147,2 Mill. DM, das sind 65,2 vH.

Von den Darlehensbeträgen, die bei den Gebietskörperschaften aufgenommen wurden (insgesamt 251 Mill. DM), haben die Wohnbaukredite ein besonderes Gewicht. Diese Beträge werden vom Bund und Land für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt und den Gemeinden und Gemeindeverbänden über die Landeskreditanstalten zugeleitet; am 31. März 1959 betrugen sie 92,7 Mill. DM. Die sonstigen Kredite von Bund und Land (110,2 Mill. DM) flossen den Gemeinden insbesondere im Rahmen des Grünen Planes zu; sie haben gegenüber 1957 um 9,9 Mill. DM zugenommen.

Laufzeiten

Die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände bestehen überwiegend aus langfristigen Verbindlichkeiten; denn am 31. März 1959 beliefen sich die langfristigen, das heißt für zehn Jahre und mehr eingegangenen Verpflichtungen (939,4

² Als Zunahme ist hier und im folgenden stets die Differenz zwischen den Stichtagen (31. März 1958 und 31. März 1959) zu verstehen, also die Nettozunahme unter Berücksichtigung der im Laufe des Rechnungsjahres 1958 erfolgten Tilgung.

Mill. DM) sowie die Annuitätsdarlehen (663,8 Mill. DM) auf insgesamt 1603,2 Mill. DM, das sind 85,3 vH der gesamten Neuschulden. Der Anteil der langfristigen Schulden hat sich somit gegenüber dem Vorjahr (80,7 vH) noch etwas erhöht. Der Umfang der mittelfristigen, mit einer Laufzeit von vier bis zehn Jahren ausgestatteten Kredite ist um 15,4 Mill. DM auf 174,8 Mill. DM zurückgegangen, ihr Anteil demnach von 11,0 vH auf 9,3 vH gesunken. Ebenso ist auch der Anteil der kurzfristigen, weniger als vier Jahre laufenden kommunalen Schulden (93 Mill. DM, im Vorjahr 126,5 Mill. DM) von 7,0 vH auf 4,9 vH zurückgefallen. — Die Zinssätze der gemeindlichen Schulden sind bei der Erhebung am 31. März 1959 nicht erfaßt worden.

Fälligkeiten

Die Fälligkeiten der Schulden sind genau wie im Vorjahr auch am 31. März 1959 nur bei den Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern sowie bei den Gemeindeverbänden erfragt worden. Die Angaben darüber sagen aus, wie hoch die kommunalen Haushalte in den nächsten Jahren durch den Tilgungsdienst belastet sind. Dem hohen Anteil der langfristigen Schulden (ohne Annuitätsdarlehen) entsprechend liegt das Schwerkraft bei den Rückzahlungen, die erst nach dem 31. März 1962 zu leisten sind (619,5 Mill. DM von 891,8 = 69,5 vH). Mithin machen die in den drei nächsten Jahren (1959 bis 1961)-fällig werdenden Tilgungsbeträge (272,4 Mill. DM) knapp ein Drittel der bestehenden Neuschulden (ohne Annuitätsdarlehen) aus.

Verwendungszweck der Neuschulden

Von den am 31. März 1959 vorhandenen Neuschulden (ohne Kassenkredite) in Höhe von 1871 Mill. DM entfallen allein 855,4 Mill. DM (45,7 vH) auf die sogenannten „rentierlichen Schulden“. Daran sind beteiligt die wirtschaftlichen Unternehmen mit einem Schuldbetrag von 618,6 Mill. DM (33 vH), der gemeindeeigene Wohnungsbau mit 37,9 Mill. DM (2 vH), die an Wohnungsbau-Gesellschaften, Private usw. weitergeleiteten Darlehen für den Wohnungsbau mit 62,3 (3,3 vH) und die Darlehen für die Wohngrundstücke des allgemeinen Grundvermögens mit 136,6 Mill. DM (7,3 vH). Bei den wirtschaftlichen Unternehmen waren es vor allem die Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadtkreise, denen erhebliche Dar-

Die Neuverschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände in Baden-Württemberg nach Laufzeiten

Laufzeit	Stadtkreise		Kreisangehörige Gemeinden		Landkreise		Gemeinden und Gemeindeverbände zusammen ¹⁾	
	1000 DM	vH der Gesamtsumme	1000 DM	vH der Gesamtsumme	1000 DM	vH der Gesamtsumme	1000 DM	vH der Gesamtsumme
A. Schulden aus Kreditmarktmitteln								
1. mit einer Laufzeit von								
a) 10 und mehr Jahren	288 354	34,46	388 839	41,62	53 119	50,14	731 340	38,89
b) 4 bis unter 10 Jahren	53 379	6,38	59 230	6,34	7 551	7,13	120 160	6,39
c) weniger als 4 Jahren	61 222	7,31	20 664	2,21	1 861	1,76	83 747	4,45
2. Annuitätsdarlehen	207 590	24,80	226 157	24,20	25 209	23,79	458 955	24,41
B. Schulden aus öffentlichen Sondermitteln								
1. mit einer Laufzeit von								
a) 10 und mehr Jahren	72 256	8,63	32 095	3,43	1 274	1,20	105 625	5,62
b) 4 bis unter 10 Jahren	38 606	4,61	7 908	0,84	281	0,26	46 794	2,49
c) weniger als 4 Jahren	4 416	0,53	1 500	0,16	—	—	5 916	0,32
2. Annuitätsdarlehen	31 898	3,82	27 601	2,95	5 983	5,65	67 482	3,59
C. Schulden bei Gebietskörperschaften								
1. mit einer Laufzeit von								
a) 10 und mehr Jahren	33 232	3,97	63 708	6,82	5 327	5,03	102 469	5,45
b) 4 bis unter 10 Jahren	2 184	0,26	5 500	0,59	147	0,14	7 830	0,41
c) weniger als 4 Jahren	1 916	0,23	1 454	0,16	11	0,01	3 381	0,18
2. Annuitätsdarlehen	37 835	4,52	94 451	10,11	5 017	4,73	137 341	7,30
D. Neuverschuldung zusammen (A + B + C)								
1. mit einer Laufzeit von								
a) 10 und mehr Jahren	393 842	47,06	484 642	51,87	59 720	56,37	939 433	49,96
b) 4 bis unter 10 Jahren	94 168	11,25	72 637	7,77	7 979	7,53	174 784	9,29
c) weniger als 4 Jahren	67 554	8,07	23 618	2,53	1 872	1,77	93 044	4,95
2. Annuitätsdarlehen	277 324	33,14	348 208	37,26	36 208	34,17	663 779	35,30
3. Kassenkredite	4 000	0,48	5 285	0,57	170	0,16	9 455	0,50
Gesamtschulden (D 1 + 2 + 3)	836 888	100	934 391	100	105 949	100	1 880 495	100

¹⁾ Einschließlich Bezirksverbände. — Abweichungen in der Summenbildung durch Runden der Zahlen.

**Die Neuverschuldung der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände in Baden-Württemberg
nach Fälligkeiten (ohne Annuitätsdarlehen)**

Es werden zur Rückzahlung fällig	Stadtkreise		Kreisangehörige Gemeinden mit 10 000 u. mehr Einw.		Landkreise		Gemeinden und Gemeindeverbände zusammen ¹⁾	
	1000 DM	vH der Gesamtsumme	1000 DM	vH der Gesamtsumme	1000 DM	vH der Gesamtsumme	1000 DM	vH der Gesamtsumme
A. Schulden aus Kreditmarktmitteln								
im Rechnungsjahr 1959	61 126	11,00	17 461	6,58	3 971	5,71	82 646	9,27
im Rechnungsjahr 1960	32 927	5,93	17 390	6,55	4 653	6,69	55 057	6,17
im Rechnungsjahr 1961	32 892	5,92	18 378	6,92	4 273	6,14	55 631	6,24
nach dem 31. März 1962	276 009	49,68	151 465	57,06	49 634	71,34	477 873	53,58
B. Schulden aus öffentlichen Sondermitteln								
im Rechnungsjahr 1959	16 736	3,01	3 137	1,18	245	0,35	20 117	2,25
im Rechnungsjahr 1960	13 607	2,45	2 389	0,90	242	0,35	16 238	1,82
im Rechnungsjahr 1961	16 185	2,91	2 466	0,93	110	0,16	18 761	2,10
nach dem 31. März 1962	68 750	12,38	19 706	7,42	958	1,38	89 413	10,03
C. Schulden bei Gebietskörperschaften								
im Rechnungsjahr 1959	3 905	0,71	2 837	1,07	637	0,91	7 381	0,83
im Rechnungsjahr 1960	2 514	0,45	3 916	1,48	468	0,67	6 899	0,78
im Rechnungsjahr 1961	6 342	1,14	2 821	1,06	471	0,68	9 635	1,08
nach dem 31. März 1962	24 571	4,42	23 496	8,85	3 908	5,62	52 173	5,85
D. Neuschulden zusammen (A + B + C)								
im Rechnungsjahr 1959	81 767	14,72	23 435	8,83	4 853	6,97	110 144	12,35
im Rechnungsjahr 1960	49 048	8,83	23 694	8,93	5 363	7,71	78 194	8,77
im Rechnungsjahr 1961	55 419	9,97	23 665	8,91	4 854	6,98	84 027	9,42
nach dem 31. März 1962	369 330	66,48	194 667	73,33	54 500	78,34	619 460	69,46
Gesamt schulden	555 564	100	265 461	100	69 570	100	891 825	100

¹⁾ Einschließlich Bezirksverbände, jedoch ohne Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern. — Abweichungen in der Summenbildung durch Runden der Zahlen.

lehensbeträge zugeführt wurden, da die ständige Bevölkerungszunahme diese Gemeinden zwingt, ihre Versorgungs- und Verkehrsbetriebe weiter auszubauen. Die Verschuldung dieser Betriebe ist gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 72,2 Mill. DM auf 579,9 Mill. DM gestiegen. Diese rentierlichen Schulden belasten die kommunalen Haushalte nicht, denn der Schuldendienst hierfür wird einmal von den wirtschaftlichen Unternehmen selbst getragen, zum anderen aus den für die erstellten Wohnungen festgesetzten Mieten erwirtschaftet.

Etwas mehr als die Hälfte (54,3 vH) der Neuschulden wurde für Aufgabengebiete verwendet, die den Schuldendienst nicht selbst tragen können. Zinsen und Tilgungen müssen aus den Einnahmen des ordentlichen Haushalts geleistet werden. So erhöhten sich die für die Investitionen bei den kommunalen Einrichtungen aufgenommenen Kredite um rund 40 Mill. DM auf 333,2 Mill. DM. Ihr Anteil an den Neuschulden macht 17,8 vH aus. Es folgen die für den Bau von Schulen (250,4 Mill. DM = 13,4 vH) sowie die für den Straßenbau (161,6 Mill.

Verwendungszweck der seit dem 21. Juni 1948 aufgenommenen und am 31. März 1959 noch geschuldeten Beträge¹⁾ der Gemeinden und Gemeindeverbände in Baden-Württemberg

Verwaltungsweig	Stadtkreise		Kreisangehörige Gemeinden mit				Landkreise		Gemeinden und Gemeindeverbände zusammen ²⁾		Darunter in der Zeit vom 1. 4. 1958 bis 31. 3. 1959 neu aufgenommen	
			10 000 und mehr Einwohnern		weniger als 10 000 Einwohnern							
	1000 DM	vH der Gesamtsumme	1000 DM	vH der Gesamtsumme	1000 DM	vH der Gesamtsumme	1000 DM	vH der Gesamtsumme	1000 DM	vH der Gesamtsumme	1000 DM	vH der Gesamtsumme
Allgemeine Verwaltung	10 424	1,25	1 487	0,36	5 990	1,16	4 633	4,38	22 545	1,20	4 024	1,30
Öffentliche Sicherheit und Ordnung .	2 907	0,35	101	0,02	—	—	—	—	3 009	0,16	487	0,16
Schulen	71 227	8,55	67 681	16,42	84 950	16,44	26 501	25,05	250 359	13,38	33 206	10,76
Kultur	9 742	1,17	366	0,09	534	0,10	—	—	10 641	0,57	2 611	0,85
Fürsorge und Jugendhilfe	4 862	0,58	5 958	1,45	6 321	1,22	4 632	4,38	25 014	1,34	3 238	1,05
Gesundheits- und Jugendpflege	49 195	5,91	19 465	4,72	19 204	3,72	57 628	54,48	145 492	7,78	22 080	7,15
Bau- und Wohnungswesen	111 312	13,37	76 541	18,57	93 414	18,07	8 842	8,36	290 126	15,51	51 738	16,77
darunter												
Weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau	39 223	4,71	18 347	4,45	4 229	0,82	474	0,45	62 272	3,33	4 403	1,43
Eigener Wohnungsbau	2 918	0,35	13 470	3,27	21 379	4,14	129	0,12	37 895	2,02	8 940	2,90
Straßen, Wege, Brücken und sonstiger Tiefbau	56 842	6,82	40 448	9,81	57 439	11,11	6 854	6,48	161 600	8,64	33 396	10,82
Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	116 745	14,02	74 291	18,03	141 350	27,34	768	0,73	333 154	17,81	60 677	19,66
Wirtschaftliche Unternehmen	400 369	48,07	108 325	26,28	109 135	21,11	768	0,72	618 597	33,06	114 942	37,24
darunter												
Versorgungs- und Verkehrsbetriebe	381 115	45,76	99 794	24,21	98 370	19,03	663	0,63	579 942	31,00	107 344	34,78
Finanzen und Steuern	56 007	6,72	57 875	14,04	56 032	10,84	2 007	1,90	171 921	9,19	15 605	5,06
darunter												
Wohngrundstücke des allgemeinen Grundvermögens	40 306	4,84	50 608	12,28	44 410	8,59	1 270	1,20	136 594	7,30	9 757	3,16
Nicht aufgeteilte Beträge	98	0,01	75	0,02	11	0,00	—	—	183	0,00	11	0,00
Insgesamt	832 888	100	412 165	100	516 941	100	105 779	100	1 871 041	100	308 618 ³⁾	100
darunter												
Für Beseitigung von Kriegsschäden verwendet	183 958	22,09	12 064	2,93	5 384	1,04	1 586	1,50	203 009	10,85	17 236	5,58

¹⁾ Ohne Kassenkredite. — ²⁾ Einschließlich Bezirksverbände. — ³⁾ Davon entfallen auf die Stadtkreise 115 708(000) DM, auf die kreisangehörigen Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern 69 262(000) DM, auf die kreisangehörigen Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern 106 294(000) DM und auf die Landkreise 17 354(000) DM. — Abweichungen in der Summenbildung durch Runden der Zahlen.

DM = 8,6 vH) verwendeten Darlehensbeträge. Von Bedeutung sind noch die Schulden, die für den Bau von Krankenhäusern aufgenommen wurden. Sie betrugen am Ende des Rechnungsjahres 1958 145,5 Mill. DM und haben sich gegenüber dem Vorjahr um 19,1 Mill. DM erhöht. Entsprechend der Trägerschaft für das Krankenhauswesen entfiel der höchste Betrag (57,6 Mill.) auf die Landkreise.

Finanzierung der Bauinvestitionen durch Schuld aufnehmen

Die aufgenommenen Darlehen werden in der Regel zur Finanzierung von außerordentlichen Vorhaben verwendet. Inwieweit dies im Rechnungsjahr 1958 geschehen ist, zeigt die nachstehende Übersicht. Danach sind von den kommunalen Gebietskörperschaften³ im Rechnungsjahr 1958 Bauinvestitionen in Höhe von rund 505 Mill. DM (im Vorjahr 502 Mill. DM) vorgenommen worden. Davon sind 74,1 vH (im Vorjahr 77,2 vH) über den außerordentlichen Haushalt gelaufen. Von diesen in der außerordentlichen Rechnung durchgeführten Bauinvestitionen wurden 54,0 vH (im Vorjahr 75,9 vH) durch Anleihemittel finanziert.

Bauinvestitionen und Schuld aufnehmen im Rechnungsjahr 1958

Kommunale Gruppen	Bauinvestitionen im Rj. 1958 ¹⁾	Davon im außerordentlichen Haushalt		Schuld aufnehmen im Rechnungsjahr 1958	
		Mill. DM	vH	Mill. DM	vH d. Sp. 2
Stadtkreise	270,9	208,4	76,9	115,7	55,5
Kreisangehörige Gemeinden mit 10 000 u. mehr Einwohnern	157,7	119,1	75,5	69,3	58,2
Landkreise	74,3	46,6	62,7	17,4	37,3
Bezirksverbände	1,9	—	—	—	—
Zusammen	504,8	374,1	74,1	202,4	54,0

¹⁾ Ergebnisse der vierteljährlichen Gemeindefinanzstatistik.

Man kann daraus erkennen, daß die kommunalen Gebietskörperschaften das bisherige Tempo ihrer Investitionstätigkeit im Rechnungsjahr 1958 nicht weiter beschleunigt, sondern

³⁾ Ohne Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern.

ungefähr den Stand des Rechnungsjahres 1957 (502 Mill. DM) gehalten haben. Auch der Anteil der in der außerordentlichen Rechnung durchgeführten Vorhaben an den gesamten Bauinvestitionen ist gegenüber dem Vorjahr annähernd gleich geblieben. In der Finanzierung dieser Vorhaben durch Fremdmittel ist jedoch ein erheblicher Rückgang eingetreten. Die Gründe hierfür lassen sich noch nicht eindeutig feststellen, da die vollständigen Ergebnisse der Gemeindefinanzstatistik 1958 noch nicht vorliegen. Aus Steuermitteln – also auf dem Wege über die Anteilsbeträge des ordentlichen an den außerordentlichen Haushalt – werden wohl kaum nennenswerte Beträge zur Finanzierung außerordentlicher Vorhaben herangezogen worden sein; denn nach den Ergebnissen der vierteljährlichen Gemeindefinanzstatistik haben sich die Steuereinnahmen im Rechnungsjahr 1958 in allen kommunalen Gebietskörperschaften nur noch um 47 Mill. DM erhöht gegenüber 108 Mill. DM im Rechnungsjahr 1957 (ohne Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern: 32,9 Mill. DM gegenüber 93,6 Mill. DM). Diese verhältnismäßig geringen Steuermehreinnahmen dienen vermutlich zur Deckung der laufenden Ausgaben, die sich auch im Rechnungsjahr 1958 weiter erhöht haben, zum Beispiel durch die Auswirkung des neuen Landesbesoldungsgesetzes auf den Personalaufwand.

Da aus den Abschlußzahlen der außerordentlichen Rechnung des Jahres 1957 hervorgeht, daß am Ende des Rechnungsjahres noch 58 Mill. DM (ohne Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern: 53 Mill. DM) Mehreinnahmen, also nichtverbraachte Mittel, vorhanden waren, werden die Gemeinden und Gemeindeverbände diese Mittel zur Finanzierung der im Rechnungsjahr 1957 begonnenen und im Rechnungsjahr 1958 weitergeführten und beendeten Vorhaben verwendet haben. Ferner liegt auch die Vermutung nahe, daß Mittel aus Rücklageentnahmen zur Finanzierung der außerordentlichen Maßnahmen zur Verfügung standen; denn allein im Rechnungsjahr 1957 wurden 107 Mill. DM den einzelnen Rücklagen zugeführt.

Dies werden vermutlich die Gründe gewesen sein, daß die kommunalen Gebietskörperschaften bei der Aufnahme von neuen Schulden im Rechnungsjahr 1958 etwas zurückhaltender waren.

Werner Kräuse

Die Ergebnisse der vierteljährlichen Gemeindefinanzstatistik im 4. Rechnungsvierteljahr sowie im gesamten Rechnungsjahr 1958

Steuern, allgemeine Finanzaufweisungen und allgemeine Umlagen

Die kassenmäßigen *Steuereinnahmen* der Gemeinden und Gemeindeverbände in Baden-Württemberg sind im vierten Rechnungsvierteljahr 1958¹ mit 289,2 Mill. DM gegenüber dem vorangegangenen Rechnungsvierteljahr², das mit 295,7 Mill. DM den höchsten Ertrag seit der Währungsreform brachte, nur wenig, und zwar um 6,5 Mill. DM (– 2,2 vH) zurückgegangen. Dabei stieg das Aufkommen der Grundsteuer A (land- und forstwirtschaftliche Betriebe) um 4,5 Mill. DM (+ 26,0 vH) auf 21,8 Mill. DM und der Grundsteuer B (sonstige Grundstücke) um weitere 4,6 Mill. DM (+ 12,5 vH) auf 40,9 Mill. DM. Allerdings reichte dieser Zuwachs, der bei den Grundsteuern üblicherweise im vierten Rechnungsvierteljahr durch verstärkte Nachzahlungen erfolgt, nicht aus, um den bei der Gewerbesteuer eingetretenen Rückgang aufzuholen. Die ebenfalls meist im letzten Rechnungsvierteljahr auftretende ver-

anlagungs- und zahlungstechnisch bedingte Abnahme ließ das Gewerbesteueraufkommen im Berichtsvierteljahr um 14,9 Mill. DM (– 6,6 vH) auf 210,9 Mill. DM abfallen. In den Vorjahren war diese Minderung im selben Zeitraum durchweg größer; 1957 betrug sie mit rund 30 Mill. DM mehr als das Doppelte. Auch die Einnahmen aus den übrigen gemeindlichen Steuern sind im vierten Rechnungsvierteljahr mit insgesamt 15,6 Mill. DM (1957: 16,3 Mill. DM) etwas geringer gewesen.

Die Zusammenfassung der vierteljährlich gemeldeten Ergebnisse zum gesamten Rechnungsjahr 1958 ergibt für die Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes ein kassenmäßiges Gesamtaufkommen von 1068,4 Mill. DM; das ist gegenüber 1957³ ein Zuwachs von 47,3 Mill. DM (+ 4,6 vH). Die Steuerleistung je Einwohner ist dementsprechend von 141,03 DM auf 145,02 DM gestiegen. Dabei sind die Einnahmen im ersten und zweiten Rechnungsvierteljahr mit 243,5 Mill. DM bzw. 240,0 Mill. DM um 15,0 bzw. 14,0 Mill. DM unter dem Ergebnis der entsprechenden Vergleichsvierteljahre des Vorjahres geblieben, während sich für das dritte und

¹⁾ Siehe auch „Statistische Berichte des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg, LI 2/v 4/58, in denen eine tiefere regionale und sachliche Aufgliederung erfolgt.

²⁾ Vgl. „Statistische Monatshefte Baden-Württemberg“, 7. Jg. 1959, Heft 3, S. 69 ff.

³⁾ Vgl. „Statistische Monatshefte Baden-Württemberg“, 6. Jg. 1958, Heft 7, S. 232 ff.